



GdP präsentiert Alternative zum Nachersatz-Erlass

Landesweit scheiden in den nächsten zehn Jahren 48 Prozent aller Kolleginnen und Kollegen der Direktion Kriminalität altersbedingt aus dem Polizeidienst aus. Ein gewaltiger Aderlass, der die Leistungsfähigkeit der Polizei NRW insgesamt gefährdet, weil mit dem Pensionierungsschub dem Ermittlungsdienst viele erfahrene Polizeipraktiker verloren gehen. Das Innenministerium hat deshalb im vergangenen Jahr einen Erlass zum Nachersatz herausgebracht, der auf eine nachhaltige Verjüngung der Ermittlungsdienste zielt. Doch der Erlass bringt mehr Nachteile, als dass er nutzt. Die GdP hat deshalb einen Alternativvorschlag präsentiert.

Das Innenministerium hatte seinen Erlass zum Nachersatz vor allem damit begründet, dass in vielen Behörden die bis dahin geltende Erlasslage, dass 75 Prozent der ausscheidenden Kolleginnen und Kollegen des Ermittlungsdienstes durch Lebensjüngere zu ersetzen sind, ignoriert oder sogar bewusst unterlaufen wurde. Deshalb soll der Nachersatz für die Direktion Kriminalität seit 2011 vorrangig mit jungen Beamtinnen und Beamten unmittelbar im Anschluss an deren einjährige Verwendung im Wach- und Wechseldienst bzw. deren zweijährige Verwendung in der Bereitschaftspolizei erfolgen, oder mit Beamten, die höchstens 30 Jahre alt sind. Nur wenn der den Behörden zugewiesene Nachersatz nicht ausreicht, um den Bedarf der Direktion Kriminalität zu decken, können die freien Funktionen auch mit Beamten besetzt werden, die zwischen 30 und 35 Jahre alt sind. Ausnahmen darüber hinaus soll es nur in Einzelfällen geben, nach Zustimmung durch das Innenministerium.

Nach Beobachtungen der GdP gilt der Vorwurf, die Behörden hätten in der Vergangenheit die bis dahin geltende Rechtslage bewusst missachtet, nur bedingt. Zum einen gibt es etliche Behörden, die die seit 2006 geltende 75-Prozent-Regelung umgesetzt haben. Und zum anderen gibt es Behörden, die in den

vergangenen Jahren gar keine Möglichkeit zur Verjüngung ihrer Direktion K gehabt haben, weil ihre Altersstruktur das nicht zuließ bzw. weil ihnen im Nachersatzverfahren keine jüngeren Beamten zugewiesen worden sind, die in der Priorität 1 in die Direktion Kriminalität hätten gehen können. Ein weiterer

die erreicht werden sollen, statt starre Altersregelungen vorzugeben. Neben der Herstellung einer homogenen Altersstruktur in allen Direktionen gehört dazu aus Sicht der GdP auch die Notwendigkeit, dass es auch in Zukunft durch einen Personalwechsel zwischen den einzelnen Direktionen aber auch zwischen den unterschiedlichen



Foto: Stephan Eickershof/WAZ FotoPool

Behörden zu einem Wissenstransfer innerhalb der Polizei kommt. Zudem fordert die GdP eine klare Abgrenzung der Verantwortung der Behördenleitungen auf der einen und des Innenministeriums auf der anderen Seite: Aufgabe des Innenministeriums ist es, ein Personalentwicklungskonzept für die Polizei zu erarbeiten, Aufga-

be der Polizeibehörden ist es, innerhalb des vom Ministerium vorgegebenen Rahmens eigene örtliche Konzepte zur Umsetzung zu erarbeiten. Um zu einer realitätsnahen Problemlösung zu kommen, müssen zudem die verschiedenen Altersgruppen genauer in den Blick genommen werden. Bei der Gruppe der über 50-Jährigen gibt es aus Sicht der GdP keinen Handlungsbedarf, weil diese Altersgruppe ohnehin innerhalb der nächsten zehn Jahre aus dem Polizeidienst ausscheidet. Auch die Gruppe der 40- bis 50-Jährigen

Grund bestand darin, dass in der Behörde auch der Nachersatzbedarf der Hundertschaften bedient werden musste. Die seit Mitte vergangenen Jahres geltende neue Nachersatzregelung wird deshalb von der GdP abgelehnt. Sie berücksichtigt weder die unterschiedlichen Strukturen der einzelnen Behörden, noch lässt sie ihnen einen individuellen Spielraum bei der Stellenbesetzung.

Auch für die GdP ist eine nachhaltige Verjüngung der Ermittlungsdienste wichtig. In ihrem Alternativkonzept fordert die GdP aber, dass das Innenministerium zunächst inhaltliche Ziele definiert,

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

kann nach Einschätzung der GdP unberücksichtigt bleiben, weil es in Bezug auf den K-Bereich in dieser Altersgruppe keinen Nachholbedarf gibt. Deshalb macht es Sinn, bei den Überlegungen zur Verjüngung der Ermittlungsdienste lediglich die Gruppe der unter 40-Jährigen genauer in den Blick zu nehmen, und zwar differenziert nach den unterschiedlichen Jahrgängen innerhalb dieser Gruppe. Dabei sind bezogen auf die Gesamtzahl aller Polizeivollzugskräfte innerhalb des jeweiligen Alterssegments in der Behörde folgende Anteile anzustreben:

- In der Gruppe der unter 30-Jährigen dürfte der Bedarf in der Direktion K mit einem Anteil von zehn Prozent ausreichend sein.
- Die Gruppe der 30- bis 35-Jährigen verfügt bereits über ein höheres polizeiliches Erfahrungswissen. Sie kann deshalb auch leistungs- und belastungsfähige Sachbearbeiterfunktionen in der Direktion K übernehmen. Deshalb sollte der Anteil dieser Altersgruppe im K-Bereich bei mindestens 20 Prozent liegen.
- Bei der Gruppe der 35- bis 40-Jährigen sollte der Anteil aufgrund des bis dahin erworbenen Spezialwissens bei mindestens 30 Prozent liegen.

Die GdP schlägt vor, dass das Innenministerium die entsprechenden Zielwerte in einem überarbeiteten Nachersatz-Erlass festschreibt. Aufgabe der Behörden wäre es dann, mit Hilfe eines behördlichen Personalentwicklungskonzepts dafür zu sorgen, dass die entsprechenden Zielmarken bis 2016 erreicht werden.

Mit dem neuen Nachersatzverfahren könnten zudem die gravierendsten Mängel des jetzigen Erlasses beseitigt werden. So hat sich in der Praxis gezeigt, dass erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, die in ihrer Behörde vorübergehend andere Funktionen übernommen hatten, wegen der starren Altersregelung später nicht mehr in die Direktion Kriminalität zurückkehren können. Diese Praxis führt nicht nur zu einem Vertrauensbruch gegenüber den betroffenen Kolleginnen und Kollegen, sondern sie gefährdet auch das Prinzip der Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Säulen der Polizei. Besonders gravierend sind die Auswirkungen des jetzigen Erlasses für den Bereich der Aus- und Fortbildung. Weil die Rückkehrgarantie in den K-Bereich weggefallen ist, wird es für das LAFP zunehmend schwierig, geeignete Bewerberinnen und Bewerber aus der Direktion K zu finden. Besonders kritisch wirkt sich der Erlass auch auf das personelle Ver-

Verjüngung tut Not

Ohne Zweifel: Der Ermittlungsdienst ist hoffnungslos überaltert. Ihm droht in den kommenden Jahren, wenn die Pensionierungswelle erst einmal ihre volle Wirkung entfaltet, ein Aderlass ohnegleichen. Ihm droht ein Verlust an Erfahrungswissen, der die Leistungsfähigkeit der Polizei insgesamt beeinträchtigt. Deshalb sind die Überlegungen, die nächsten zwei, drei Jahre, in denen die Polizei – wenn auch nur minimal – über den Durst einstellt, auch dazu zu nutzen, den Ermittlungsdienst zu verjüngen, nicht falsch. Nur: Der Erlass, mit dem das Innenministerium eine schnelle Verjüngung der Ermittlungsdienste erreichen will, ist alles andere als geeignet dazu. Dazu sind die handwerklichen Fehler bei der Formulierung des Erlasses zu groß. Dazu sind die Widersprüche zwischen Absicht und Wirkung zu gravierend. Aber an der Notwendigkeit einer nachhaltigen Verjüngung des Ermittlungsdienstes ändert das nichts.

Deshalb hat die GdP einen Alternativentwurf zum Nachersatz-Erlass vorgelegt. Ein Entwurf, der zeigt, wie eine nachhaltige Verjüngung der Ermittlungsdienste gelingen kann, ohne dass dadurch der Wechsel zwischen den Arbeitsbereichen unmöglich gemacht wird. Denn die Qualität der Polizeiarbeit lebt auch vom notwendigen Wissenstransfer zwischen den unterschiedlichen Bereichen und Behörden. Und von der Bereitschaft der Kolleginnen und Kollegen, auch eine Funktion außerhalb des angestammten Bereichs zu übernehmen. Deshalb dürfen diejenigen, die in der Vergangenheit vorübergehend eine Funktion außerhalb der Ermittlungsdienste übernommen haben, nicht im Nachhinein dafür bestraft werden. Denn sonst wird Stillstand zum Prinzip.

Frank Richter



setzungsverfahren aus. Dieses hat sich bewährt, wird aber durch den neuen Erlass in Teilbereichen (keine Verwendung in der Direktion K in der neuen Behörde) außer Kraft gesetzt. Leidtragende davon

sind nicht nur die unmittelbar Betroffenen, sondern die Polizei insgesamt, weil sie durch die fachlich nicht begründeten Verwendungssperren in ihrer Leistungsfähigkeit eingeschränkt wird.

Teilerfolg bei Dienstunfallschutz

Mit ihrer Ende vergangenen Jahres gestarteten Initiative zur Verbesserung des Unfallschutzes bei Sporttraining (Deutsche Polizei 11/2011) konnte die Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung (PHJAV) einen Teilerfolg erzielen: In Zukunft fallen auch die Kommissaranwärterinnen und -anwärter unter den Dienstunfallschutz, wenn sie am Dienstsport ihrer Behörde teilnehmen. Sportveranstaltungen außerhalb des be-

hördlichen Angebots bleiben hingegen weiter außen vor. Das hat das Innenministerium dem PHPR verbindlich mitgeteilt. Die PHJAV hatte auf eine Verbesserung des Dienstunfallschutzgedrängt, weil inzwischen viele Nachwuchspolizisten auf die Wahrnehmung von Sportangeboten verzichten, weil sie befürchten, im Falle eines Sportunfalls polizeidienstuntauglich geschrieben zu werden.



Unhygienische Zustände im Polizeigewahrsam beendet

Verbesserungsvorschläge von der Basis haben es schwer, selbst wenn es um die Beseitigung offensichtlicher Mängel geht. Diese Erfahrung hat auch die GdP-Kreisgruppe Münster gemacht, als die Gewahrsamzellen im dortigen Polizeipräsidium modernisiert werden sollten: Hätte die GdP nicht interveniert, wären auch nach der Sanierungsmaßnahme unhaltbare hygienische Zustände im Polizeigewahrsam weiter an der Tagesordnung gewesen, denn die ursprüngliche Bauplanung sah vor, dass Urin, Erbrochenes und andere Flüssigkeiten, die auf den Fußboden gelangen, nicht innerhalb der Zellen aufgefangen werden, sondern durch einen Schlitz unter der Zellentür hindurch auf den Mittelgang fließen sollten. Erst dort sollten sie in eine zentrale

Ablaufrinne geleitet werden. Für die GdP ein unhaltbarer Zustand.

„Wer bei der Polizei in einer Gewahrsamzelle landet, benutzt nicht unbedingt die Toilette. Etliche der dort vorübergehend einsitzenden Insassen tragen zudem Krankheitskeime in sich, wie zum Beispiel Hepatitis. Die fehlende Abflussmöglichkeit in den Zellen ist nicht nur ekelig, sondern gesundheitsschädlich“, warnte deshalb GdP-Kreisvorsitzender Hartmut Rulle. „Sie setzt alle, die den Zellenflur betreten, unnötigen Gefahren aus, weil sie über den klebrigen Bodenbelag stürzen und sich verletzen können. Egal ob Polizeibeamte, andere Zelleninsassen oder das Reinigungspersonal.“

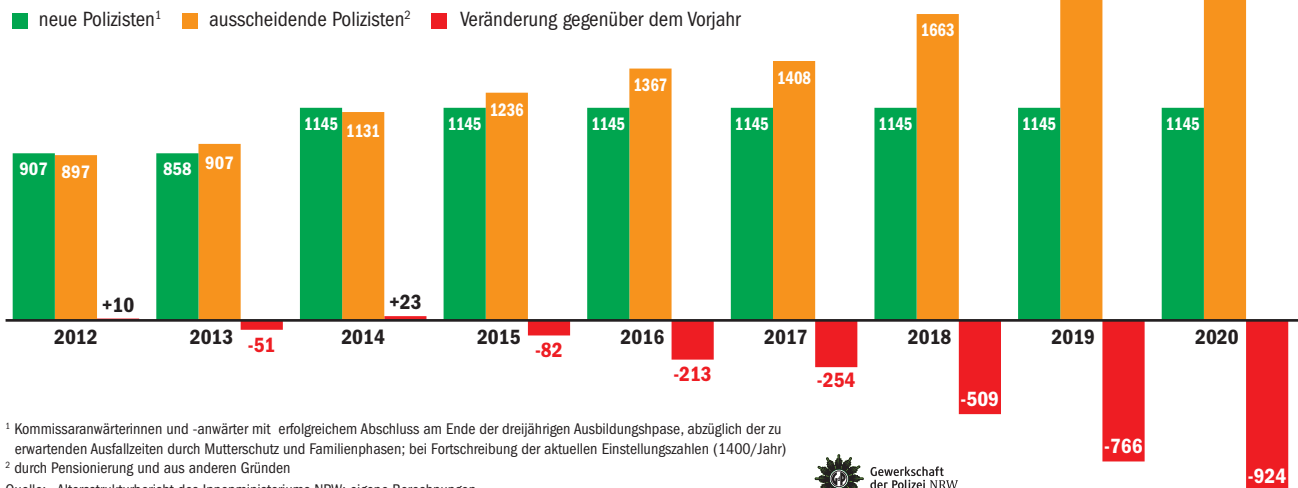
Bei der LZPD, die landesweit für den geplanten Umbau der Gewahrsamzellen

verantwortlich ist, traf die GdP mit ihrer Forderung trotzdem zunächst auf Granit. Im Juli 2011 ging sie deshalb in die Öffentlichkeit und hatte Erfolg. Die Umbaupläne wurden geändert, die Ablaufrinnen wurden in die unmittelbare Nähe der Zellentüren verlegt, so dass keine Flüssigkeiten mehr in den Mittelgang fließen können.

Inzwischen sind die Umbaumaßnahmen nahezu abgeschlossen. Die GdP setzt darauf, dass die Münsteraner Erfahrungen jetzt in anderen Polizeibehörden Schule machen, denn Münster war eine der ersten Behörden, in den der Polizeigewahrsam modernisiert worden ist. In den meisten anderen der landesweit 113 Polizeigewahrsame steht die Sanierung noch bevor.

Ab 2013 erneut im Minus

Personalentwicklung der Polizei NRW unter Berücksichtigung der Studienabbrecherquote und der familienbedingten Ausfallzeiten



Trotz 1400 Neueinstellungen pro Jahr droht der Polizei in NRW spätestens ab 2015 ein massiver Stellenabbau. Der Grund: Nicht alle der 1400 Nachwuchspolizisten, die als Kommissaranwärterinnen und -anwärter ihre Ausbildung bei der Polizei in NRW beginnen, schließen sie am Ende der dreijährigen Ausbildungszeit erfolgreich ab. Hinzu kommt, dass mit dem wachsenden Anteil von Frauen der Anteil der jungen Kolleginnen und Kollegen steigt, die wegen einer vorübergehenden Familienzeit der Polizei nicht oder nur eingeschränkt zur Verfügung stehen. Allein durch die zunehmende Nutzung von Mutterschutz- und von Erziehungszeiten stehen der Polizei in NRW ab 2015 rechnerisch pro Ausbildungsjahrgang 158 Polizistinnen und Polizisten für den aktiven Dienst nicht zur Verfügung. Weitere 88 müssen von der Zahl der Neueinstellungen abgezogen werden, weil sie ihre Ausbildung nicht

erfolgreich beenden. Zudem steigt in den kommenden Jahren die Zahl der Pensionierungen sprunghaft an. Bei der Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses zum Haushalt 2012 hat GdP-Landesvorsitzender Frank Richter deshalb darauf gedrungen, dass das Land die Zahl der Neueinstellungen weiter erhöht. „Es ist gut, dass bei der Polizei inzwischen fast so viele Frauen eingestellt werden wie Männer, aber Frauen fallen durch Schwangerschaft und Familienphasen länger aus, als ihre männlichen Kollegen. Deshalb muss der steigende Frauenanteil durch zusätzliche Einstellungen ausgeglichen werden“, sagte Richter während der Anhörung. „Das ist bei der Polizei nicht anders wie in jedem anderen Betrieb auch.“ Über die weiteren Haushaltsforderungen der GdP hatte die Deutsche Polizei bereits in der Februar-Ausgabe berichtet. Mehr Infos: www.gdp-nrw.de (News 31. 01. 2012)



Instrumente zur Krisenintervention nachhaltig stärken

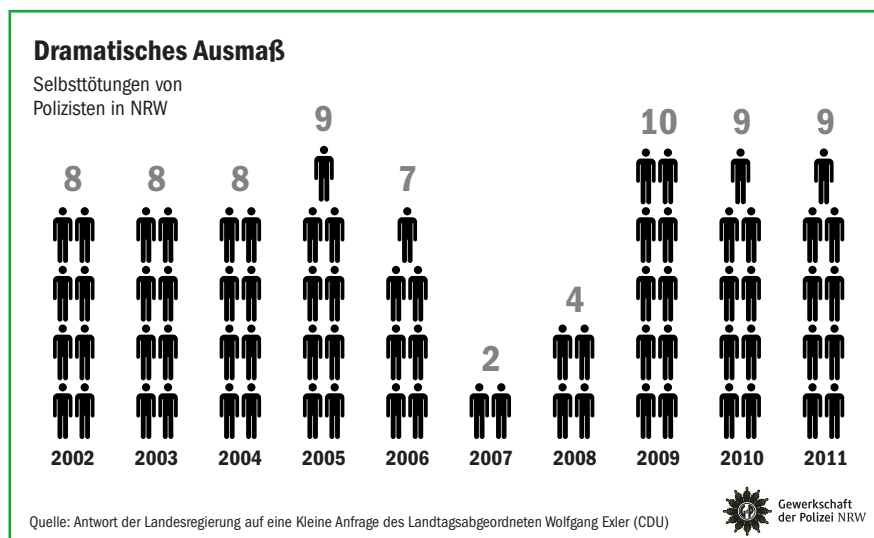
In den vergangenen zehn Jahren haben sich in NRW 97 Polizistinnen und Polizisten das Leben genommen, das ist das Ergebnis einer Kleinen Anfrage des früheren GdP-Kreisvorsitzenden und heutigen CDU-Landtagsabgeordneten Wolfgang Exler an die Landesregierung. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter nannte die hohe Zahl von Selbsttötungen

bei der Polizei erschreckend. Es sei zwar seit längerem bekannt, dass die Selbstmordrate bei Polizeibeamten über dem der Bevölkerung liegt, dennoch überrasche die Vielzahl der Fälle, sagte Richter gegenüber der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ).

Die GdP dringt darauf, dass das Innenministerium sein Hilfsangebot für Poli-

zeibeamte, die in eine persönliche Krisensituation geraten sind, nachhaltig stärkt. „Selbstmorde passieren nicht über Nacht, sondern kündigen sich meist über eine lange Vorlaufphase an. Deshalb müssen wir mehr tun, um Kolleginnen und Kollegen frühzeitig aus einer sich anbahnenden Krisensituation herauszuholen“, fordert Richter. „Und wir brauchen endlich ein Klima bei der Polizei, in der der Einzelne auch eine Schwäche zugeben kann.“

In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage hatte die Landesregierung zu den Gründen der hohen Selbsttötungsrate lediglich allgemein erklärt, dass Polizisten häufig besonders belastenden Situationen ausgesetzt sind. Zudem hatte sie auf die bestehenden Kriseninterventionsmöglichkeiten für Polizisten nach traumatisierenden Ereignissen hingewiesen. „Das ist als Antwort darauf, wie wir auf die erschreckend hohe Zahl von Selbsttötungen bei der Polizei reagieren können, zu wenig“, kritisierte Richter. „Selbsttötungen haben ihre Ursache oft im persönlichen Lebensbereich. Aber wenn fast einhundert Kolleginnen und Kollegen keinen anderen Ausweg mehr sehen, als sich selber das Leben zu nehmen, hat das auch etwas mit der Arbeitssituation bei der Polizei zu tun.“



Die Zahl der Selbsttötungen bei der Polizei ist um ein vielfaches höher, als bislang bekannt. Die GdP will diese Entwicklung nicht hinnehmen und fordert einen nachhaltigen Ausbau der Hilfsangebote für gefährdete Kolleginnen und Kollegen.

polizei.nrw.de vorübergehend offline

„Cyber-Attacken werden in den kommenden Jahren stark zunehmen, auch auf Rechner der Polizei“, darauf hat der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter nach der Abschaltung des Internet-Auftritts von polizei.nrw.de hingewiesen. Die Internet-Plattform der Polizei war am 30. Januar vom Landesamt für zentrale polizeiliche Dienste (LZPD) vom Netz genommen worden, nachdem es zuvor einem Hacker gelungen war, auf das Presseportal der Polizei NRW zuzugreifen. Das davon getrennte Sondernetz der Polizei für Anzeigenaufnahmen, Fahndung und Einsatzsteuerung war nach den bisherigen Erkenntnissen der LZPD vom dem illegalen Zugriff nicht betroffen. Es gibt auch keine Hinweise, dass Daten auf

der Internet-Plattform der Polizei manipuliert worden sind. Dennoch hat eine sofort eingeleitete Sicherheitsüberprüfung bislang unbekannt Schwachstellen im Internetportal polizei.nrw.de aufgedeckt. Die Seite muss deshalb komplett neu aufgebaut werden. Bis dahin will das LZPD eine Übergangslösung ins Netz stellen, damit die Bürger auch weiterhin Anzeigen und Hinweise online an die Polizei aufgeben oder sich über deren Arbeit informieren können.

Fast zeitgleich mit dem Hacker-Angriff auf polizei.nrw.de war Mitte Februar bekannt geworden, dass es auch auf die Website der CIA einen Hacker-Angriff gegeben hat. Deren Seite war ebenfalls für etliche Stunden offline. „Wir müssen

uns darauf einstellen, dass es nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland in Zukunft vermehrt Cyber-Attacken auf öffentliche Institutionen geben wird. Deshalb war die Entscheidung des LZPD richtig, den Internet-Auftritt komplett abzuschalten, bis die Sicherheitsmängel durch ein neues Programm geschlossen sind“, betonte der GdP-Landesvorsitzende nach der Bekanntgabe der Entscheidung des LZPD. Bedroht seien aber auch die Internetportale von Unternehmen. „Das Internet ist der Tatort der Zukunft. Deshalb müssen wir die Möglichkeiten der Polizei zur Bekämpfung der Internet-Kriminalität zügig weiter ausbauen“, fordert Richter.



Spitzenkandidaten nominiert

Beschäftigte brauchen starke Personalräte und eine Gewerkschaft, die Druck macht, wenn's nötig ist, damit sich Politik und Arbeitgeber bewegen. Das ist bei der Polizei nicht anders als in anderen Behörden und Betrieben auch. Deshalb tritt die GdP bei den Personalratswahlen vom 11. – 14. Juni 2012 mit einem starken Team an. Ende Januar haben Vertreter der Kreisgruppen aus ganz NRW auf der Beiratssitzung der GdP die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten für die Wahlen zum Hauptpersonalrat der Polizei (PHPR) aufgestellt.

Bei der letzten Personalratswahl, im Juni 2008, hat die GdP elf der 15 Sitze des PHPR geholt. Die GdP-Fraktion war in den vergangenen vier Jahren die entscheidende politische Kraft, wenn es um die Durchsetzung konkreter Verbesserungen für die Beschäftigten ging. Von der endgültigen Umsetzung der zweigeteilten Laufbahn bis zur teilweisen Aufhebung des Deckelungsbeschlusses. Von der Verbesserung der Ausrüstung bis zur Kündigung der Caterer für die Einsatzverpflegung. Von den notwendigen Korrekturen bei den Ausbildungsbedingungen für die Kommissaranwärterinnen und -anwärter bis zum Stopp der Privatisierung von Küchen und Werkstätten.

Die GdP will ihre erfolgreiche Arbeit in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen. Fünf der 20 Spitzenkandidaten der GdP für den PHPR, die aus dem Beamtenbereich kommen, gehören bereits jetzt dem Polizei-Hauptpersonalrat an. Das trifft auf den amtierenden PHPR-Vorsitzenden Adi Plickert ebenso zu, wie auf Heinrich Senkowski, Karl-Heinz Kochs, Diethelm Salomon und Udo Linnenbrink. Weil mehrere PHPR-Mitglieder altersbedingt aus dem Polizeidienst ausscheiden, wird der neue Polizei-Hauptpersonalrat auch neue Gesichter haben. Aber alle Kandidaten der GdP bringen langjährige Erfahrungen in der praktischen Arbeit in den örtlichen Personalräten mit.

Die weiteren Spitzenkandidaten der GdP: Michael Mertens (Rhein-Erft-Kreis), Lorenz Rojahn (Gelsenkirchen), Volker Huß (Bielefeld), Wolfgang Spies (Wuppertal), Rainer Peltz (Ennepe-Ruhr-Kreis), Markus Robert (Recklinghausen), Heinz Seggewiß (LAFP), Axel Neubauer (Essen), Susanne Klose (Herford), Achim Blömacher (Duisburg/WSP), Bernd Thienel (Rhein-Sieg-Kreis), Andreas Barnewitz (Märkischer Kreis), Hartmut Rulle (Münster), Bernd Holtmeier (Paderborn), Michael Maatz (LAFP).

Für den Tarifbereich hat der Beirat die Kollegin Jutta Jakobs nominiert, die bislang Personalratsvorsitzende im LKA ist.



Die Spitzenkandidatinnen und -kandidaten der GdP für den PHPR

Seminar zur Rockerkriminalität

„Wir sind Rocker, wir sind Rocker, aber ohne amputiertes Gehirn ...“. Ein Song von Udo Lindenberg aus den 70er Jahren, angelehnt an den Easy-Rider-Mythos der 60er Jahre – mit der aktuellen Rockerproblematik hat das absolut nichts zu tun. Ganz im Gegenteil: Auch in NRW ist es in den vergangenen Monaten zunehmend zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Rocker-Banden gekommen. Zum Kampf um abgesteckte Territorien, in denen die eigene Gruppe das Geschehen nach Belieben bestimmen kann. Es geht um Türsteherbezirke und Rotlichtdelikte, um Prostitution und Gewalt. Um Erpressung und Waffenschmuggel und um organisierte Kriminalität. Nach einer vermeintlichen Ruhephase, in der eine angebliche friedliche Ko-Existenz zwischen den Hauptrockergruppen Hells Angels und Bandidos angekündigt war, hat sich die Rockerkriminalität wieder in die Öffentlichkeit zurückgemeldet, mit Übergriffen in Mönchengladbach, Polizeirazzien in Düsseldorf, Aktivitäten in Köln und Oberhausen.

Sowohl die sogenannten großen Vereinigungen Hells Angels und Bandidos, aber auch kleinere Organisationen wie MC-Gremium entwickeln eine hohe kriminelle Energie. Selbst Kontakte zur rechten Szene werden vom Verfassungsschutz beobachtet.

In dem GdP-Seminar „Rockerkriminalität“ vom 25. – 26. April in Hattingen sollen die Hintergründe und Strukturen dieses Kriminalitätsfeldes näher beleuchtet werden. Neben dem aktuellen Lagebild geht es auch um die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und um das Bild der Rocker in der Öffentlichkeit. Weitere Schwerpunkte sind die polizeilichen Strategien zur Bekämpfung der Rockerkriminalität, Fragen von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung sowie der Prävention. Als Referenten stehen Experten des LKA und der örtlichen Polizeibehörden zur Verfügung. Aber auch Expertinnen aus den Medienbereichen werden die Diskussion bereichern.

Mehr Infos: GdP-Landesbezirk NRW, Martin Volkenrath, Tel. 02 11/29 10-142, E-Mail: martin.volkenrath@gdp-nrw.de.

Hotline-Seminar zur europäischen Finanzkrise

Seit Monaten sind die Medien voll mit sich nahezu überschlagenden Nachrichten zur europäischen Finanzkrise. Dem vermeintlichen Nicht-Fachmann fällt es schwer, da noch den Überblick zu behalten. Klar ist aber: Es geht um bisher kaum vorstellbare Geldsummen. Es geht in vielen Ländern um Sparprogramme, die eine wirtschaftliche Weiterentwicklung dieser Länder dramatisch erschweren. Und es geht um Spekulation und um Risiken in bislang kaum vorstellbaren Dimensionen. Vor allem aber geht es um den Primat der Politik gegenüber dem Finanzsektor und um unterschiedliche Interessen.

Auch Nicht-Ökonomen wissen längst, dass es bei der Lösung der europäischen Finanzkrise um Entscheidungen geht, die die öffentliche Haushalte in ihrem Mark erschüttern. Es geht um weitreichende Entscheidungen, die nicht nur einzelne Länder der EU betreffen, sondern es

geht um die Perspektiven und den Fortbestand der EU insgesamt. Es geht deshalb auch um Deutschland und um NRW. Es geht um die Zukunftsperspektiven unseres Sozialstaats, um die konkreten Interessen von Arbeitnehmern im Allgemeinen und von Polizeibeschäftigten im Besonderen.

Grund genug, die europäische Finanzkrise im Rahmen eines GdP-Hotline-Seminars zur aktuellen (Landes-)Politik vom 28. – 30. März in der Akademie Biggesee genauer zu betrachten. Schwerpunkte des Seminars sind eine Analyse

der politisch-ökonomischen Grundlagen der europäischen Finanzkrise, ein aktueller Problemaufriss der Situation in den einzelnen Ländern der EU und in Deutschland und mögliche Zukunftsszenarien. Thematisiert werden sollen aber auch die Situation der öffentlichen Haushalte und die der Polizeien in Europa. Und nicht zuletzt die möglichen finanziellen und politischen Konsequenzen der Krise für NRW.

Mehr Infos zum Seminar:
www.gdp-nrw.de (Menüpunkt: Bildung)

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 4. 3. Wilhelm Gross, Mettmann
- 8. 3. Herbert Matzke, Wuppertal
- 11. 3. Luise Buyk, Rheda-Wiedenbrück
- 15. 3. Vera Weiß, Bielefeld
- 18. 3. Helmut Jürgens, Bielefeld
- 19. 3. Frank Luschka, Kreuztal
- 19. 3. August Müller, Stolberg
- 28. 3. Gertrud Schulte, Schieder-Schwalenberg
- 28. 3. Hermann Hellmann, Warendorf
- 29. 3. Wilhelm Milde, Geldern
- 30. 3. Friedrich Stratemeyer, Hatten

91. Geburtstag

- 2. 3. Heinz Walther, Langenfeld
- 3. 3. Hannelore Nicolaus, Baesweiler
- 7. 3. Reiner Schlimm, Bonn
- 7. 3. Elsa Lina Alleweld, Einhausen
- 11. 3. Werner Müller, Remscheid
- 14. 3. Elisabeth Reinold, Fröndenberg
- 16. 3. Gertrud Hantschel, Burgkunstadt
- 19. 3. Walter Hendricks, Krefeld
- 24. 3. Rosemarie Schröder, Bochum
- 25. 3. Max Frost, Swisttal
- 27. 3. Franz Schmidt, Königswinter
- 29. 3. Otto Fassbinder, Alsdorf

92. Geburtstag

- 2. 3. Ursula Bothe, Lemgo
- 4. 3. Marie-Luise Gehrke, Hagen

- 12. 3. Ingeborg Heinemann, Nieheim
- 16. 3. Rudolf Bergmann, Köln
- 17. 3. Marian Jankowiak, Herne
- 17. 3. Josefina Matthias, Gerolstein
- 18. 3. Trude Hakelberg, Köln
- 20. 3. Emilie Lotz, Wuppertal
- 20. 3. Marga Bethge, Essen
- 21. 3. Renate Bentlage, Wetter
- 24. 3. Else Burdeska, Marl
- 27. 3. Karl Theiner, Solingen

93. Geburtstag

- 18. 3. Anselm Schnabel, Gengenbach
- 25. 3. Klara Jürgens, Hagen

95. Geburtstag

- 4. 3. Juliane Murtfeldt, Wuppertal
- 5. 3. Emma Klussmann, Hattingen
- 28. 3. Else Growe, Essen

96. Geburtstag

- 5. 3. Paul Possart, Bonn

97. Geburtstag

- 15. 3. Helene Gehrke, Baesweiler
- 22. 3. Heinrich Blennemann, Holzwickede

98. Geburtstag

- 12. 3. Maria Esser, Mönchengladbach

99. Geburtstag

- 2. 3. Helmut Luetge, Hamm
- 26. 3. Sigismund Cyplik, Bönen
- 31. 3. Maria Nehling, Bocholt

Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:
Stephan Hegger (Vi. S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33 vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42–50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe ist der 9. März 2012.

GdP-Service GmbH NRW:
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-service-nw.de
E-Mail: penguin@gdp-service-nw.de



Höhergruppierung prüfen

Nach Abschluss der letzten redaktionellen Arbeiten ist rückwirkend zum 1. Januar 2012 die neue Entgeltordnung für den Tarifbereich in Kraft getreten. Für einige Beschäftigte führt die neue Entgeltordnung zu einem Rechtsanspruch auf Höhergruppierung. Die Höhergruppierung erfolgt allerdings nur auf Antrag. Dadurch soll verhindert werden, dass einzelne Beschäftigte trotz Höhergruppierung am Ende finanziell schlechtergestellt werden, weil es parallel mit der Höhergruppierung zu einer Absenkung einzelner Gehaltsbestandteile wie zum Beispiel der Jahressonderzahlung kommt.

Die GdP rät deshalb allen Betroffenen, vor einem Antrag auf Höhergruppierung genau zu prüfen, wie sich eine mögliche Höhergruppierung in ihrem Fall finanziell auswirkt. Mehr Informationen dazu haben die Tarifvertreter der GdP in den Kreisgruppen vor Ort.

GdP aktiv

1. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Heinsberg, 15.00 Uhr, Kantine der Kreisverwaltung, 52525 Heinsberg

3. 3., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Coesfeld, 19.00 Uhr, St. Barbara-Haus, Kapellenweg 75, 48249 Dülmen

7. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr, 16.30 Uhr, Kantine Kreishaus, Hauptstraße 92, Schwelm, Anmeldung: 0 23 36/91 66-15 01

14. 3., Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Kleve, 16.30 Uhr, Hotel Landhaus Beckmann, Römerstr. 1, 47546 Kalkar-Kehrum

15. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Münster, 16.30 Uhr, Polizeipräsidium Münster, Raum 120

15. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Bergisches Land, 16.15 Uhr, Kantine PP Wuppertal, Friedrich-Engels-Allee 228, 42285 Wuppertal. Anmeldungen bis 8. 3. bei Kollegin Holl, Tel.: 02 02/6 98 15 40

22. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Unna, 14.00 Uhr, Gaststätte „Bürgerhaus“, Heerener Straße 194, 59174 Kamen

22. 3., Kreisgruppe Hamm, Besichtigung der Krombacher Brauerei, 14.00 Uhr mit dem Bus ab Hohe Straße, Preis: 19 Euro, Anmeldung beim Vorstand

Wir sind die GdP



Wer sich für die Seniorenarbeit in der GdP interessiert, landet über kurz oder lang unweigerlich beim APS-System – dem flächendeckenden Netz von „Ansprech-Partnern für Senioren“ – und damit bei Bernhard Heckenkemper. Denn das APS-System ist sein Kind.

Angefangen hat alles 2001, vor mehr als zehn Jahren. Damals hat Bernhard Heckenkemper auf einer Seniorenkonferenz in Duisburg seine Disketten mit einem Excel-Programm zur Bearbeitung von Beihilfeanträgen an interessierte Kolleginnen und Kollegen verteilt. Schnell wurde die Idee weiterentwickelt, so dass schon bald eine eigene CD erforderlich war, um die Datenmenge aufnehmen zu können. Inzwischen ist auch das längst Geschichte, denn seit etlichen Jahren stehen die von Bernhard Heckenkemper entwickelten Dateien und Rechenprogramme zu allen Fragen rund um Beihilfe und Versorgung im geschützten Mitgliederbereich auf der GdP-Homepage zum Download.

In den APS-Dateien geht es nicht nur um grundsätzliche Fragen zum Beihilferecht, sondern auch um die Beratung bei einzelnen Sachfragen, wie z. B. die nach dem Eigenanteil bei einer vollstationären Pflege. Und in der Datei „Persönliche Vollmachten“ können die über ganz NRW verteilten Ansprechpartner für die Seniorenarbeit die erforderlichen Informationen zur rechtlichen Absicherung des Patientenwillens einsehen und die dazu erforderlichen Formulare downloaden, von der Vorlage für eine Patientenverfügung bis zur Vorsorgevollmacht.

2004 wurde Bernd Heckenkemper als Vorsitzender der Seniorengruppe im BV Detmold in den Landesseniorenvorstand gewählt. Inzwischen ist er dessen stellvertretender Vorsitzender. Warum er sich nach seiner Pensionierung den Stress noch antut? Für Bernhard Heckenkemper ist das keine Frage. „Wenn es irgendwo brennt, läutet bei mir das Hilfe-Telefon“, sagt er kurz und bündig. „Dann versuche ich, zu helfen, wo Hilfe gebraucht wird. Bei Beihilfeanträgen und bei Regelungen für Pflegefälle, aber auch bei der Beratung von Angehörigen.“ Mehr als 200 APS-Aktive gibt es alleine in NRW.

23. 3., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Olpe, 16.00 Uhr, „Hotel Schweinsberg“, Lennestadt-Langenei. Den gewerkschaftspolitischen Situationsbericht wird der GdP-Landesvorsitzende Frank Richter vortragen.

24. 3., Polizeifest der Kreisgruppe Heinsberg mit einem beschwingten und bunten Showprogramm, 20.00 Uhr, Gasthaus „Sodekamp-Dohmen“, Breite Straße, 41836 Hückelhoven-Hilfarth. Eintrittskarten sind bei den Vertrauensleuten erhältlich.

26. 3., Mitgliederversammlung der

Kreisgruppe Siegburg, 17.00 Uhr, Bürgerhaus, Ringstraße 112, 53773 Hennef-Stoßdorf

27. 3., Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bonn, 14.30 Uhr, Großer Saal, Polizeipräsidium Bonn

28. 3., Skatturnier der Kreisgruppe Aachen, 17.00 Uhr, Diana's Sportschänke, Tannenweg 13, Würselen-Bardenberg

12. 4., Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Bergisches Land, 14.00 Uhr, PP Wuppertal, Saal 300, Friedrich-Engels-Allee 228, 42285 Wuppertal



Ruhrfestspiele mit russischen Dramatikern

Kunst für Kohle – mit der Einlösung dieses Versprechens durch Hamburger Schauspieler haben im Sommer 1947 die Ruhrfestspiele Recklinghausen ihren Anfang genommen, als Dank für die Bergleute der Zeche König Ludwig 4/5, die im harten Winter 1946/47 Kohle für die Hamburger Theater an der Besatzungsmacht vorbeischleusten. Inzwischen ist der Bergbau im Ruhrgebiet fast Geschichte, aber die vom DGB und der Stadt Recklinghausen gemeinsam getragenen Ruhrfestspiele haben noch immer ihren besonderen Reiz. „Im Osten was Neues“ lautet in diesem Jahr das Motto des am 1. Mai beginnenden sechswöchigen Festivals. Festspiel-Leiter Frank Hoffmann präsentiert vor allem russische Dramatiker – Stücke von Puschkin, Tschechow, Tolstoi und Dostojewski. Oskar-Preisträgerin Cate Blanchett sorgt zudem für internationalen Glamour auf dem Festspielhügel. Beim Abschlusskonzert am 16. Juni steht die Kölner Rockgruppe BAP auf der Bühne. Zu den 80 Produktionen, die in Recklinghausen gezeigt werden, gehören auch 2012 wieder etliche Uraufführungen und ein eigenes Fringe-Festival mit einem jungen, oft skurrilen Programm. Für GdP-Mitglieder gibt es ermäßigte Eintrittskarten. Mehr Infos: www.ruhrfestspiele.de

Senioren aktuell

Kreisgruppe Düren

7. März, Seniorentreffen, Gertrude Reisdorf vom LBV spricht zum Thema Beamtenversorgung, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Gaststätte „Strepp am See“, Am Stausee 2, 52372 Kreuzau-Obermaubach

Kreisgruppe Duisburg

14. März, Mitgliederversammlung der GdP-Seniorengruppe, Treffpunkt: 15.00 Uhr, PSV-Heim, Futterstr. 12, 47058 Duisburg-Duisern

Kreisgruppe Euskirchen

9. März, Skatturnier, Treffpunkt: 19.00 Uhr, Gemünder Park Restaurant, Kurhausstr. 5, 53937 Schleiden-Gemünd

Kreisgruppe Gelsenkirchen

12. März, Seniorenseminar, Treffpunkt: 14.00 Uhr, Kantine des Polizeipräsidiums, Anmeldung unter: 02 09/ 3 65-30 03.

Kreisgruppe Heinsberg

15. März, Seniorenstammtisch, Themen: Jahresrückblick, Veranstaltungen 2012, Änderung der Beihilfeverordnung NRW, Versorgungsangelegenheiten, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Restaurant „Haus Dohmen“, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Köln

15. März, Seniorentreffen, Gertrude Reisdorf vom LBV NRW spricht zum Thema Pensionen und Versorgungsbezüge, interessierte Kolleginnen und Kollegen (ggf. mit Partner) im aktiven Dienst sind ebenfalls herzlich eingeladen, Treff-

punkt: 14.00 Uhr, Pfarrsaal St. Georg, Waidmarkt/Ecke Georgstr., 50676 Köln

Ergänzung Seniorenkalender 2012

Kreisgruppe Oberhausen

ab März jeden 3. Montag im Monat regelmäßiges Seniorentreffen. Erster Termin: 19. März, Treffpunkt: 16.30 Uhr, Rothebuschstr. 122, 46119 Oberhausen, Kreisgruppe LZPD

Korrektur der E-Mail-Adresse des Ansprechpartners für die Senioren: w.u.horzella@unitybox.de

Glücksnummern des Monats

45 21678
Daniel Kojda, Hagen

45 18037
Marina Averdung, Aachen

45 19450
Chris David Schröder, Düsseldorf

45 19229
Roman Gette, Bielefeld

Die Gewinner erhalten das Schreibset „Charleston“.

NACHRUF

Uwe Adolph	15. 04. 1962	Siegburg	Reinhilde Kuhnke	26. 01. 1934	Paderborn
Hildegard Battenfeld	14. 03. 1925	Bergisches Land	Horst Lumm	07. 02. 1938	Gelsenkirchen
Kurt Brennecke	16. 05. 1926	Bonn	Hans Maihoff	25. 09. 1941	Märkischer Kreis
Hubert Derichs	18. 09. 1923	Aachen	Horst Makowka	26. 10. 1921	Gelsenkirchen
Heinrich Diers	15. 08. 1925	Köln	Elfriede Mania	13. 04. 1922	Heinsberg
Irma Eutebach	31. 01. 1925	Mettmann	Albert August Müller	05. 10. 1916	Unna
Walter Felchner	19. 05. 1920	Essen/Mülheim	Elisabeth Nagel	08. 02. 1921	Lippe
Gerd Flemming	28. 09. 1926	Bonn	Udo Pfeiffer	23. 06. 1961	Köln
Monika Gebauer	04. 04. 1950	Selm	Peter Philipp	21. 08. 1956	Bielefeld
Gertrud Gisbertz	27. 09. 1922	Viersen	Alice Preß	10. 05. 1922	Duisburg
Loni Hasselkus	04. 08. 1920	Bonn	Gerhard Pusch	08. 11. 1919	Siegen
Anna Hattwig	01. 03. 1911	Hamm	Hildegard Quarz	26. 02. 1924	Siegburg
Julia Haverkämper	05. 08. 1915	Coesfeld	Elisabeth Richter	07. 09. 1922	Gütersloh
Klaus Huth	26. 10. 1947	Duisburg	Heinz-Dieter Schalk	22. 05. 1945	Gütersloh
Ernst Jahn	10. 03. 1943	Bonn	Wolfram Schramm	25. 07. 1943	Düsseldorf
Friedrich Jahn	25. 10. 1919	Lippe	Wolfgang Schulz	16. 11. 1924	Steinfurt
Walter Jochmann	13. 10. 1930	Autobahnpolizei Düsseldorf	Ruth Schwarz	27. 10. 1924	Bergisches Land
Alfred Kasper	24. 01. 1929	Borken	Hans Siebert	03. 07. 1945	Dortmund
Wilhelm Kissel	21. 10. 1931	Lippe	Nicole Steiner	11. 12. 1974	Soest
Walter Klein	10. 12. 1922	Gelsenkirchen	Luise Stemmann	23. 08. 1914	Bochum
Ernst Knorr	26. 05. 1929	Duisburg	Anneliese Stolz	06. 05. 1931	Bielefeld
Leo Konitzer	16. 10. 1929	Düren	Margot Thiede	10. 08. 1914	Wesel
Erich Kruse	28. 10. 1918	Bergisches Land	Alfred Werder	15. 03. 1930	Bielefeld

